

1 KPV Schleswig-Holstein

2

3

4 **Beschluss**

5

6

7 der KPV-Landesversammlung vom 14. November 2009

8

9

10 **KdU-Bundesanteil muss erhöht werden**

11

12 Die KPV Schleswig-Holstein fordert die Bundesregierung auf, die Reduzierung des Bundes-
13 anteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) zurückzunehmen. Der Bundesanteil muss sich
14 an den tatsächlich entstandenen Kosten für die Kosten der Unterkunft (Miete, Nebenkosten,
15 etc.) orientieren.

16

17 Begründung:

18

19 Den Kommunen ist nicht zu zumuten, dass eine weitere finanzielle Belastung durch die Ab-
20 senkung des Bundesanteils bei den KdU entsteht. Der Bund hat seinen Anteil in den Jahren
21 2007 bis 2010 von 31,2 auf 22,9 Prozent gesenkt. Zielsetzung von Hartz IV war, die Kom-
22 munen zu entlasten. Fakt ist, dass die Kommunen die Belastungen aus Hartz IV nicht mehr
23 tragen können. Vertrauen in eine mögliche Neuorganisation des SGB II geht verloren, wenn
24 die Rahmenbedingungen sich für die Kommunen stets verschlechtern.

25